

Tag 7.1.11

**+++** Die Initiative „Schule in Freiheit“ ist einen Schritt weiter: Von den im November eingereichten 29.165 Unterschriften wurden 24.420 als gültig anerkannt. 20.000 Unterschriften waren nötig, damit das Anliegen im Abgeordnetenhaus beraten werden muss. Die Initiative setzt sich für mehr Selbstständigkeit für staatliche Schulen ein. „Die Schulen dürfen kein verlängerter Arm der Behörden sein“, sagte Sprecher Kurt Wilhelmi. Die Schulen sollten freier bei der Einstellung von Lehrern und der Verwaltung ihrer Mittel sein. Zudem sollten Privatschulen öffentlich finanziert werden, um auch diese zugänglich für Kinder armer Eltern zu machen +++ Die Polizei hat am Donnerstag einen

**Drogenhändlerring gesprengt.** Vier Tatverdächtige zwischen 19 und 39 Jahren wurden im Bereich zwischen den Bahnhöfen Messe Nord/ICC, Westkreuz, Savignyplatz und Hohenzollern-damm erst observiert, zwei dann festgenommen. In der Wohnung des 39-Jährigen wurden ein halbes Kilo Heroingemisch und 140 verkaufsfertige Heroinkugeln gefunden +++ Die bis zum 27. Februar verlängerte **Ausstellung „Hitler und die Deutschen“** im Deutschen Historischen Museum besuchen auch viele Schulklassen. Etwa zehn Klassenführungen gebe es pro Tag, sagte ein Sprecher. Neonazis seien bisher nicht aufgetaucht. Bis Ende 2010 kamen mehr als **+++** 161.000 Besucher

BILD 7.1.11

## Schul-Initiative erfolgreich

Berlin - Die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ sammelte 24 420 gültige Unterschriften. Notwendig wären für einen Erfolg 20 000 Unterschriften. Forderungen: u. a. pädagogische Inhalte selbst festlegen, gleichberechtigte Finanzierung staatlicher und freier Schulen. Mit dem Anliegen wird sich innerhalb der nächsten vier Monate das Abgeordnetenhaus beschäftigen. In den Ausschüssen gibt's öffentliche Anhörungen.

Tagespiegel 7.1.11

### 24 000 gültige Stimmen für freie Schulen

Die Initiative „Schule in Freiheit“ hat mehr als 24 000 gültige Unterschriften bekommen, teilten die Organisatoren nach der Prüfung mit. Damit haben sie das Recht, in den nächsten vier Monaten in Ausschüssen sowie im Plenum des Abgeordnetenhauses gehört zu werden. Die Initiative, hinter der der Verein „Omnibus für direkte Demokratie“ steht, setzt sich für die gleiche Finanzierung für freie und öffentliche Schulen sowie für mehr pädagogischen Gestaltungsspielraum und Autonomie ein. pth

NV 7.1.11

## Volksinitiative zu Privatschulen erfolgreich

(dpa). Das Berliner Abgeordnetenhaus muss sich innerhalb der kommenden vier Monate mit dem Thema Gleichstellung von Privat- und staatlichen Schulen befassen. Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) erklärte die Berliner Volksinitiative »Schule in Freiheit« Anfang des Jahres für zulässig, teilten die Initiatoren am Donnerstag mit. Von den insgesamt 29 165 abgegebenen Unterschriften seien 24 420 gültig gewesen, so Momper. Notwendig waren 20 000 gültige Unterschriften.

Nun muss das Abgeordnetenhaus eine Anhörung zu dem Thema in den zuständigen Ausschüssen organisieren und auch im Plenum darüber debattieren. Die Initiatoren möchten erreichen, dass private Schulen vom Staat gleichberechtigt zu den staatlichen Schulen finanziert werden. Zudem sollen staatliche Schulen ähnlich wie Privatschulen selbst über Personal und Geld entscheiden können.

BZ 7.1.11

## 6 Berlin

### Nachrichten

#### Initiative zulässig

**BERLIN** - Das Abgeordnetenhaus muss sich innerhalb der kommenden vier Monate mit dem Thema Gleichstellung von Privat- und staatlichen Schulen befassen. Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) erklärte die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ für zulässig. Von den insgesamt 29 165 abgegebenen Unterschriften waren 24 420 gültig, so Momper.